

Kampf ums Bürgergeld: Jobcenter verweigert Darlehen für Familienbesuch!

Die Schwarz-Rot-Regierung plant, das Bürgergeld durch eine neue Grundsicherung abzulösen, um Arbeitslose schneller zu vermitteln.



Deutschland - Die schwarz-rote Bundesregierung plant weitreichende Veränderungen im deutschen Sozialsystem. Ein zentrales Element dieser Reformen ist die Ablösung des Bürgergelds durch eine neue Grundsicherung. Ziel dieser Maßnahme ist eine schnellere Vermittlung von Arbeitslosen, ein reduzierter Fokus auf Förderung und Qualifizierung, sowie eine verstärkte Druckausübung auf Leistungsempfänger, wie [derwesten.de](https://www.derwesten.de) berichtet.

Eine aktuelle Situation verdeutlicht die Herausforderungen, mit denen Empfänger von Sozialleistungen konfrontiert sind. Die Sozialaktivistin Helene Steinhaus machte auf einen Fall aufmerksam, der die Auswirkungen der bestehenden Regeln auf

das Leben einer Leistungsbezieherin zeigt. Diese Frau beantragte am 9. April ein Darlehen für eine Zugreise zu ihrer Mutter, die einen Schlaganfall erlitten hatte. Das Jobcenter wies den Antrag jedoch mit der Begründung zurück, dass die Fahrkarten keinen „unabweisbaren Bedarf“ gemäß § 24 Abs. 1 SGB II darstellen. Stattdessen sollte sie die Kosten aus dem ihr zustehenden Regelbedarf decken, was für diese Frau unzumutbar ist, da sie regelmäßig zur Tafel gehen muss und ein finanzielles Defizit hat.

Soziale Absicherung im deutschen System

Das deutsche Sozialsystem beruht auf verschiedenen Leistungsarten, die sich an unterschiedliche Gruppen richten. So richtet sich das Bürgergeld an erwerbsfähige Personen und ihre Angehörigen. Um Anspruch auf Bürgergeld zu erhalten, muss eine Person in der Lage sein, täglich mindestens drei Stunden zu arbeiten oder in einer Bedarfsgemeinschaft mit einem erwerbsfähigen Angehörigen leben. Deutlich wird dies durch die Informationen von [buerger-geld.org](https://www.buerger-geld.org).

Für ältere oder dauerhaft erwerbsgeminderte Personen gibt es die Grundsicherung, während Sozialhilfe für Menschen in besonderen Lebenslagen bereitgestellt wird. Personen, die nicht in der Lage sind, zu arbeiten aufgrund von Erkrankungen oder Behinderungen, haben Anspruch auf Sozialhilfe, sofern die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind. Dies ist im SGB XII geregelt und umfasst verschiedene Arten von Hilfen, darunter die Hilfe zum Lebensunterhalt und die Grundsicherung im Alter.

Der Druck auf Leistungsempfänger

Die gegenwärtigen Überlegungen der Regierung, das Bürgergeld durch eine neue Grundsicherung zu ersetzen, setzen nicht nur auf eine schnellere Arbeitsvermittlung, sondern auch auf einen erhöhten Druck auf die Betroffenen. Diese Entwicklung wird von Sozialaktivisten kritisch betrachtet, insbesondere vor dem

Hintergrund von Fällen wie dem der Frau, die Unterstützung für ihre Reise zu ihrer kranken Mutter suchte. Die Ablehnung des Darlehens hat verdeutlicht, dass nicht alle Anträge auf Unterstützung angemessen behandelt werden, was zu zusätzlicher Belastung und Verzweiflung bei den Leistungsempfängern führt.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Reformen im deutschen Sozialsystem sowohl Chancen als auch Herausforderungen mit sich bringen. Während die Idee einer neuen Grundsicherung unter dem Aspekt der Effizienz betrachtet wird, müssen auch die bestehenden Probleme und die Lebensrealität der Betroffenen nicht aus den Augen verloren werden.

Details	
Ort	Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.derwesten.de• www.buerger-geld.org

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de